



Islam: Seite 3, 8, 11

Wie die Debatte um den Islam in Frankreich und Deutschland weitergeht



1815-2015: Seite 5

Die Salesianer feiern in diesem Jahr Don Boscos 200. Geburtstag



Klöster & mehr: Seite 15-19

Gute Adressen für Einkehrtage und Exerzitien

Die Tagespost



Samstag,
31. Januar 2015
www.die-tagespost.de
Preis 1,65 Euro

Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Verlagsort: Würzburg, Nummer 13, 68. Jahrgang, B 2310

KOMMENTAR

Putins neue Freunde in Athen

VON STEPHAN BAIER

Gleich in ihrer ersten Woche hat die Regierung Tsipras klar gemacht, dass Athen es seinen Freunden extrem schwer zu machen gedenkt. Nicht nur finanziell und wirtschaftlich, sondern politisch. Allein die Drohung, bei den EU-Sanktionen gegen Russland nicht mehr mitzuspielen, nötigenfalls eine Verschärfung des Kurses gegen Putin mittels Veto zu blockieren, hat die EU ins Schlingern gebracht. Auch wenn es am Donnerstag unter den Außenministern noch nicht zum Eklat kam, auch wenn Tsipras versichert, sich mehr am Verfahren als am Inhalt der Erklärung gegen pro-russische Separatisten zu stoßen: Athen hat den Konsens der Europäer in der Ukraine-Krise in Frage gestellt. Das stärkt Putin und seine Lakaien in der Ost-Ukraine, destabilisiert die Regierung in Kiew und schwächt Europas bisher eindeutige Position in dieser gefährlichen Krise vor der Haustüre der EU.

Natürlich benutzt der griechische Ministerpräsident die außenpolitische Veto-Keule, um die europäischen Sponsoren Griechenlands für den nächsten Schuldenschnitt weichzuklopfen. Im Gegensatz zu den Märkten (wie der Verfall griechischer Aktien und Anleihen zeigt) lassen sich die Politiker der EU ja erpressen. Das weiß man in Athen nicht erst seit 2004, als Griechenland den EU-Beitritt Südzypers mit der Drohung erzwang, die gesamte Osterweiterung scheitern zu lassen. Dennoch geht es der neuen Regierung in Athen nicht nur darum, ihre Geldgeber gefügig zu machen. Der neue Außenminister Nikos Kotzias ist ein Moskau-freundlicher Kommunist, der seit Jahren Kontakte zum russischen Extrem-Nationalisten Alexander Dugin pflegt. Dugin träumt davon, das dekadente Europa durch eine orthodoxe Tyrannis Russlands moralisch zu erneuern. Seine Ideen beeinflussen nicht nur extrem nationalistische, EU-feindliche Parteien in West-Europa, sondern auch Wladimir Putins aggressive Nachbarschaftspolitik. Kotzias' Ankündigung, sich stärker an Russland anlehnen zu wollen, deckt sich ideologisch verhängnisvollerweise mit der orthodoxen, nationalistischen und anti-europäischen Russophilie des rechten Koalitionspartners der linken Syriza.

MOMENT MAL

Früher kam sie jede Woche, mit der Krankheit wurden ihre Besuche etwas weniger. Aber immer, wenn sie uns in der Redaktion besuchte, hatte sie Kuchen oder Gebäck für das „Team der Tagespost“ dabei und schenkte uns darüber hinaus ein herzliches Lachen. In der Redaktion hieß sie liebevoll „unsere Kuchenschwester“. In Wirklichkeit hieß „unsere Kuchenschwester“ Schwester Tamara. Wie wir am Freitag erfahren haben, ist Schwester Tamara am 23. Januar im Alter von 87 Jahren gestorben. Sie war die letzte Ordensschwester im St. Josefs-Stift in Eisingen bei Würzburg. Auch dort erinnert man sich gerne ihrer ansteckenden Fröhlichkeit. Wir werden Schwester Tamara in liebevoller Erinnerung behalten und gedenken dieser frohen Ordensfrau dankbar im Gebet.

IHRE REDAKTION

Lebensrechtler wehren sich gegen Münchner Diffamierung

Hüppe sieht Gefahr einer „Meinungsdiktatur“ - CDL-Bundesvorsitzende Löhr empfiehlt Klage VON STEFAN REHDER

München/Berlin (DT) Nachdem der ÖDP-Politiker Markus Hollemann seine Kandidatur als neuer Umwelt- und Gesundheitsreferent der bayerischen Landeshauptstadt auf Drängen der Münchner CSU und deren Zweitem Bürgermeister Josef Schmid zurückgezogen hat, setzen sich deutsche Lebensrechtler gegen Diffamierungsversuche in Teilen der Politik und der Medien zur Wehr. Hollemann war unter anderem seine Mitgliedschaft in der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e.V. zur Last gelegt worden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe, selbst langjähriges Mitglied der ALfA, sagte dieser Zeitung auf Anfrage: „Dann müsste ich ja jetzt auch mein Mandat zurückgeben.“ „Die ALfA ist eine überkonfessionelle Lebensrechtsorganisation, die in der Frage der Abtreibung eine Position vertritt, die mit der offiziellen Position der katholischen Kirche übereinstimmt. Wenn man diese in Deutschland nicht mehr vertreten darf, dann sind wir auf dem Weg in eine Meinungsdiktatur“, sagte der Gesundheitspolitiker und ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung der „Tagespost“. Dass Vorgehen der CSU in München bezeichnete Hüppe „als besonders befremdlich“. „Schließlich hat sich auch die CSU in der Vergangenheit immer als Partei für das Leben verstanden.“

Das ist auch schriftlich dokumentiert: So heißt es etwa im Grundsatzprogramm der CSU auf Seite 30: „Die Menschenwürde und das Recht auf Leben stehen allen Menschen zu – dem geborenen ebenso wie dem ungeborenen. Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an. Abtreibung ist Tötung. Es ist die Verpflichtung des Rechts- und Sozialstaats, das Leben zu schützen und zu fördern.“

Die ALfA selbst hatte am Donnerstag in einer Pressemitteilung „zu dem erzwungenen Rücktritt“ Hollenanns erklärt: „Die ALfA ist einer der größten deutschen Lebensrechtsverbände, der für Menschenrechte von der Zeugung bis zum natürlichen Tod eintritt.“ Hollemann gehöre „keiner ideologisch einseitigen, extremistischen Partei“ und „keiner Terrororganisation“ an, sondern einem Verband, der sich „ehrenamtlich um gesellschaftliche Bereiche kümmert, welche von der Politik seit vielen Jahren vernachlässigt oder in die falsche Richtung geführt werden.“ „Statt also Menschen zu diffamieren, die sich aufrecht um wichtige Belange unserer Gesellschaft kümmern, fordert die Aktion Lebensrecht für Alle die entsprechenden Medien und politischen Gremien auf, sich auf sachliche Weise mit diesen grundlegenden Themen zu beschäftigen: Mit millionenfacher Abtreibung, mit den psychischen und physischen Folgen für Millionen von Frauen und Angehörigen, mit der weiteren schleichenden Entwürdigung des Menschen durch Euthanasie, assistierten Suizid, PID oder PraenaTest.“

Einer der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der ALfA, der Genforscher und Kinderarzt Professor Holm Schneider, sagte der „Tagespost“: „Dieser Vorgang zeigt auf erschütternde Weise, wie wenig das Recht auf Leben und auch das auf Meinungsfreiheit in Deutschland noch wert sind.“ Am Universitätsklinikum Erlangen leitet Schneider die Molekulare Pädiatrie. Scharfe



Erst CSU-Wunschkandidat für den Posten des Münchner Umwelt- und Gesundheitsreferenten, dann von deren Bürgermeister Josef Schmid (r.) zum Rücktritt gedrängt: Der 42-jährige ÖDP-Politiker Markus Hollemann (l.).

Fotos: Mark Noormann; dpa



Kritik kam auch Martin Lohmann, Vorsitzender des Bundesverbands Lebensrecht (BVL): „Das ist eine totale Diskriminierung des Lebensschutzes und der Lebensschützer“, sagte Lohmann der „Tagespost“. „Sind jetzt allen Ernstes diejenigen, die für das Leben sind, Verbrecher? Wird man untragbar, wenn man sich ganz normal für das Lebensrecht eines jeden Menschen einsetzt?“ Der Einsatz für das Leben sei doch „eigentlich etwas Selbstverständliches“ und gehöre „zur christlichen Identität“. Auf die Medienberichterstattung gemünzt, sagte der Vorsitzende des Dachverbands, dem auch die ALfA angehört: „Wer den Schutz des Lebens verteuert“, sei „ein Gegner des Lebens und der Freiheit.“ „Je suis Charlie‘ ist ok, Je suis la vie‘ geht gar nicht? Wo kommen wir hin, wenn es doch eine Meinungsdiktatur gegen das Leben geben sollte! Und wenn sich bewahrheitet, dass die Münchner SPD dahinter steckt und gar mit dem Bruch der Koalition drohte, dann müsste man ab jetzt lautstark überall verkünden: Die SPD ist definitiv für Christen nicht wählbar!“

Die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL) Mechthild Löhr sagte der „Tagespost“: „Den Medien kommt in der pluralistischen Demokratie eine wichtige Aufklärungsfunktion zu. Aufgabe der Medien ist es, Sachverhalte darzustellen und kritisch zu hinterfragen und Meinungsvielfalt zu fördern. Diesem Anspruch auf Pluralität und Meinungsvielfalt widerspricht es zutiefst, wenn ausgerechnet seitens der Medien nur eine Position ‚pro Abtreibung‘ gefördert und postuliert wird und Gegner unsachlich diskriminiert und diskreditiert werden. Das verletzt die Grundsätze von Neutralität, Fairness und korrekter Berichterstattung, wenn friedliche Bürger, Vereinsmitglieder oder Politiker grundlos als radikal oder fundamentalistisch bezeichnet werden, nur weil sie die Tatsache der millionenfachen Abtreibung der letzten Jahrzehnte schmerzlich empfinden, kritisch hinterfragen und Alternativen anbieten, sich ihrerseits um einen besseren Schutz für Mütter und Kinder bemühen. Das ist Verleumdung, Diffamierung, Rufschädigung und üble Nachrede, die hier ad personam und gegenüber der ALfA und al-

len ihren Mitgliedern praktiziert wird. Zur Wahrung der pluralistischen Meinungsvielfalt empfiehlt es sich dagegen auch juristisch vorzugehen.“

Bis Anfang der Woche hatte der 42-jährige ÖDP-Politiker, Bürgermeister der südbadischen Gemeinde Denzlingen bei Freiburg, noch als Wunschkandidat der Münchner CSU und ihres Bürgermeisters Josef Schmid gegolten. Doch nachdem Grüne und der Koalitionspartner SPD dem Vernehmen nach Hollemann seine Mitgliedschaft in der ALfA und die Unterstützung des Vereins „Christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde“ (CSI) zur Last gelegt und sich mehrere in München angesiedelte Zeitungen und Rundfunksender auf das Thema gestürzt hatten, galt Hollemann innerhalb der CSU plötzlich nicht mehr als tragbar.

CSU-Bürgermeister Josef Schmid erklärte gestern gegenüber der „Tagespost“: „Ich persönlich spreche mich eindeutig für den Schutz des ungeborenen Lebens aus. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass man eine klare Grenze zu Abtreibungsgegnern ziehen muss, die sich radikaler und nicht mehr tolerierbarer Mittel bedienen. Ich lehne es zum Beispiel ab, wenn Frauen vor Arztpraxen, die entsprechende Eingriffe vornehmen, aggressiv bedrängt werden. Die Organisation ALfA, die Markus Hollemann auf seiner Website unterstützte, wurde in den Münchner Medien mit solchen radikalen Praktiken und extremen Standpunkten in Verbindung gebracht. Ein Aufrechterhalten der Kandidatur hätte angesichts der dadurch ausgelösten medialen Diskussionen die Stadtgesellschaft und auch den Münchner Stadtrat gespalten. Das ist das Letzte, was ich will. Ich wollte im Gegenteil mit diesem personellen Vorschlag Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen und ideologische Gräben schließen. Ich bin deshalb mit Herrn Hollemann in einem persönlichen Gespräch übereingekommen, dass er seine Kandidatur zurückzieht.“ Er bedauere die Entwicklung, da er immer noch glaube, „dass Herr Hollemann der Stadt gerade im Umweltbereich wichtige Impulse hätte geben kön-

nen. Ich bedauere sie aber auch persönlich, da die Situation für Markus Hollemann jetzt alles andere als einfach ist. Es gibt für mich überhaupt keinen Grund, an der persönlichen Integrität von Markus Hollemann zu zweifeln. Viele Angriffe gegen ihn – vor allem in den sozialen Netzwerken – empfinde ich als unfair und über die Maßen aggressiv“, so Schmid

Hollemann selbst hatte am Donnerstag auf seiner Homepage erklärt, er verfolge „mit Bedauern und größtenteils Erschrecken“ die „Berichterstattung über mich in den Medien“. Er habe seit Jahren auf seiner Website dokumentiert, „dass ich Vereine und Initiativen durch aktive oder passive Mitgliedschaft oder finanziell unterstützte oder unterstützt habe.“ Die Unterstützung zahlreicher Vereine sei gerade für eine öffentliche Person eine „Selbstverständlichkeit“. Damit signalisiere man, dass man die grundsätzlichen Ziele einer Organisation teile, ohne dass man sich dabei mit jedem Programmpunkt identifizieren müsse. Dies gilt für Partei- wie für Vereinsmitgliedschaften. „Als gläubige Christen ist mir und meiner Frau der Lebensschutz ein wichtiges Anliegen. Meine Frau begleitet schwer kranke und sterbende Menschen. Die tägliche Konfrontation mit dem Tod lässt uns die Würde und Einmaligkeit eines jeden Lebens in besonderer Weise wertschätzen. Vor einigen Jahren hat meine Frau für uns eine passive Familienmitgliedschaft bei dem überkonfessionellen Verein Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) abgeschlossen. ALfA setzt sich unter anderem für Inklusion, gegen Euthanasie und Eugenik sowie für den Schutz allen Lebens ein. Wir wollten damit unsere Unterstützung für das Lebensrecht jedes Einzelnen symbolisieren – egal, ob geboren, ungeboren, behindert, krank oder alt. Auch bin ich Spendenaufgerufen für verfolgte Mitchristen im Ausland gefolgt und unterstützte finanziell CSI (Christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde) – ohne dort Mitglied zu sein.“ In den Medien transportierte Vorwürfe gegen ALfA und CSI und deren Protagonisten könne er, „was ihren Wahrheitsgehalt betrifft, nicht beurteilen“ (Siehe auch Leitartikel Seite 2).